

Schweiz

Viele Mediziner erhoffen sich ein Ende des Papierkriegs

Vor allem Hausärzte fühlen sich von den Kassen schikaniert und unterstützen deshalb die Einheitskasse.

Markus Brotschi
Bern

Unter den Haus- und Kinderärzten genießt die Einheitskasse beträchtliche Sympathien. Gegen 500 Mediziner sind Mitglied im Ärztekomitee für eine öffentliche Krankenkasse, darunter viele Allgemeinpraktiker. Einer, der für die Initiative kämpft, ist der Richterswiler Hausarzt René Haldemann. Er verbindet mit der Einheitskasse die Hoffnung, dass die «Schikanen» aufhören. Als Beispiel für schikanöse Praktiken der Kassen nennt er den Umgang mit Patienten, die an rheumatoide Arthritis leiden und deren Medikamente im Quartal 5000 Franken kosten. Manche Kassen verzögerten bei älteren Patienten die Rückerstattung bewusst und zahlten erst, nachdem die Kasse mit eingeschriebenem Brief gemahnt wurde, sagt Haldemann. Einer seiner Patienten mit Polyarthritis habe wochenlang und wiederholt auf sein Geld warten müssen, obwohl bereits eine bewilligte Kostensprache vom Vertrauensarzt der Kasse vorlag.

Namen von Kassen will Haldemann nicht nennen, da sowohl die Branchenführer wie auch mittlere und kleine ähnlich vorgehen. Als besonders stossend empfand Haldemann das Vorgehen einer Versicherung bei einem Diabetiker, der zusätzlich an einer schweren Nervenkrankung litt (Polyneuropathie). Der Mann habe ein Medikament benötigt, das nicht auf der Liste der kassenpflichtigen Präparate ist. Zunächst habe die Kasse die Kostenübernahme aus der Grundversicherung schriftlich bewilligt. Nachdem der Mann gestorben sei, habe die Kasse der Witwe beschieden, die Kostenübernahme aus der Grundversicherung sei unzulässig gewesen, weshalb die Frau nun Tausende von Franken an die Kasse zurückerstatte müsse.

«Zermürbungsstrategie»

Als unnötige Bürokratie taxiert Haldemann auch ausführende Fragebögen bei Patienten, die mehr als dreimal pro Jahr eine Physiotherapieverordnung benötigen. «Der administrative Aufwand und der Papierkrieg mit den Kassen braucht enorm viel Energie», sagt Haldemann. Fast immer müssten die Kassen schliesslich zahlen. «Aber für die Patienten ist das Warten erniedrigend und für Ärzte reine Zeitverschwendung.» Haldemann hat den Eindruck, dass es den Kassen in diesen Fällen nicht um Klärung des medizinischen Sachverhalts geht, sondern um «eine Zermürbungsstrategie, damit Ärzte spätestens beim nächsten Mal statt der optimalen eine kostengünstigere Be-



Ärzte beklagen, dass sie Behandlungen gegenüber den Kassen immer aufwendiger begründen müssen. Foto: Keystone

handlung wählen oder ganz auf die Verordnung verzichten». Der Verdacht liegt nahe, dass die Kassen so teure Patienten loswerden wollten.

Hausärzte wie er müssten dauernd mit einem Wirtschaftlichkeitsverfahren der Kassen rechnen, klagt Haldemann. Er begründet dies mit der Abwanderung der jungen und gesunden Versicherten in «unsolidarische Versicherungsmodelle oder Budgetmedizin». Bei Ärzten wie ihm, die sich solchen Modellen nicht anschliessen, verschlechterte sich zusehends die Patientenstruktur. Habe eine Praxis zu viele ältere und mehrfach kranke Patienten, liege sie rasch über der kritischen Grenze von 30 Prozent über dem Kostenschnitt. In Wirtschaftlichkeitsverfahren prüfen die Kassen, ob die Ärzte zu viel Leistungen verschreiben, und fordern allenfalls Geld zurück.

«Einheitskasse ist nicht besser»

Auch Ärzte, die gegen die Einheitskasse sind, beklagen sich über die Kassenbürokratie. «Die zeitliche Belastung durch administrative Umtriebe und Anfragen der Versicherer hat während meiner

Praxistätigkeit massiv zugenommen», sagt Beat Gafner, Präsident der Ärztesellschaft des Kantons Bern und Hausarzt in Niederscherli. In seiner Praxis sei wohl ein Drittel bis die Hälfte der Nachfragen durch die Kassen unnötig oder verursachten Umtriebe, die in keinem Verhältnis zur medizinischen Behandlung stünden. «Die Versicherer nützen ihren Auftrag zur Kostenkontrolle maximal aus, um hohen Druck auf die Ärzte mit eigener Praxis auszuüben.»

Anders als Haldemann bezweifelt Gafner jedoch, dass es mit einer Einheitskasse besser würde. «Dass der administrative Aufwand bei einer öffentlichen Krankenkasse spürbar gesenkt würde, halte ich für völlig illusorisch. Mit einer Verstaatlichung funktionieren die Strukturen und Institutionen konnten noch nie Kosten reduziert werden.» Gafner befürchtet mit einer Einheitskasse sogar noch mehr administrativen Aufwand. Die von seinem Berufskollegen aus Richterswil angeführten Wirtschaftlichkeitsverfahren hält Gafner für weniger problematisch. Die Vorwürfe der Kassen liessen sich häufig entkräf-

ten, wenn der Arzt mit den von den Trustcentern gesammelten Daten den höheren Aufwand mit seiner Patientenstruktur begründen könne. Haldemann räumt ein, dass auch eine Einheitskasse einen gewissen Kostendruck ausüben müsste. Verlockend erscheint den befragten Ärzten aber, dass die Leistungserbringer - also etwa die Ärzte - Einsitz in den Verwaltungsrat der öffentlichen Kasse erhielten.

Nicht alle Ärzte haben Probleme

Felix Huber, Mitgründer und Verwaltungsratspräsident des Ärztenetzes Medix, hält dagegen die ärztlichen Klagen über die Kostenkontrolle der Kassen generell für übertrieben. «Ich habe bisher nie Probleme gehabt mit der Rückerstattung teurer Medikamente», sagt Huber, der die Medix-Gruppenpraxis in Zürich leitet. «Ein müsse er Langzeitphysiotherapien gegenüber den Kassen nur selten schriftlich begründen. Habe eine Kasse «Anzeichen für Überarztung», leite sie meist zu Recht ein Wirtschaftlichkeitsverfahren ein, sagt Huber. Huber ist entschiedener Gegner der Einheitskasse.

Millionenzuschuss für höhere Berufsbildung

Angehende Schreinermeister oder Wirtschaftsprüfer sollen nicht mehr Tausende Franken mehr ausgeben müssen für ihre höhere Berufsbildung als Studenten. Bundesrat Johann Schneider-Ammann wird dem Gesamtbundesrat nächsten einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Dies gab er gestern bekannt. Der finanzielle Zustupf dürfte den Bund zwischen 60 und 100 Millionen Franken pro Jahr kosten. Der Vorschlag ist Teil eines Massnahmenpakets zur Stärkung der höheren Berufsbildung - um den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

SP-Ständerätin Anita Fetz genügt das nicht. Es brauche rasch ein Impulsprogramm, um die Erwachsenen ohne Bildungsabschluss oder jene mit Potenzial zur Weiterbildung zu motivieren, sagt sie. Wer sich im Bereich Nachholbildung, höhere Berufsbildung und Berufsmatur weiterbilde, müsse finanziell unterstützt werden. Fetz schwebt ein Fonds Fachkräfteoffensive vor, in den der Bund 250 Millionen einzahlen solle. Jeder Franken, den die Kantone für Bildungsgutscheine oder Stipendien ausgeben, solle mit dem Geld aus dem Fonds verdoppelt werden. Das Geld müsse für fünf Jahre reichen. Dadurch könnten 10 000 bis 20 000 Personen höher qualifiziert werden. Fetz will nun in der Bildungscommission eine Debatte lancieren. (bua)

Nachrichten

Zug Kanton Zug will weniger an Finanzausgleich bezahlen

Die Zuger Regierung fordert eine Reduktion des Beitrags an den Nationalen Finanzausgleich (NFA). Im Vergleich zum Wachstum der Finanzkraft muss Zug kommendes Jahr 68 Millionen Franken zu viel zahlen. 2014 muss Zug Ausgleichszahlungen von 279,5 Millionen Franken zahlen; pro Einwohner 2514 Franken. Nächstes Jahr sind 316,6 Millionen fällig, 2806 Franken pro Kopf. Diese Steigerung «übertrifft unsere schlimmsten Befürchtungen», hält die Regierung fest. Die Finanzkraft des Kantons steige bei weitem nicht im gleichen Ausmass wie die Gewinsteuer in den letzten Jahren gesenkt - aber nicht so forsch wie andere Kantone. Es gehe nicht an, dass Nehmerkantone NFA-Geld verwenden, um Steuerwettbewerb die Geberkantone zu unterbieten. (SDA)

Schwyz 179 Verwaltungsangestellte klagen gegen den Kanton

179 Angestellten der Schwyzer Verwaltung, die aus Spargründen nicht befördert werden, klagen beim Verwaltungsgericht gegen den Entscheid der Schwyzer Regierung. Das Kantonsparlament hatte im Mai einem Entlastungspaket zugestimmt, um das Defizit von gegen 140 Millionen Franken zu reduzieren. Zu den beschlossenen Massnahmen gehört auch der Beförderungsstopp. (SDA)

Verurteilung Mit dem Sturmgewehr über die deutsche Grenze

Ein 23-jähriger Schweizer ist in deutschen Bad Säckingen wegen «vorsätzlich unerlaubter Einfuhr einer Kriegswaffe» zu einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen zu je 40 Euro verurteilt worden. Laut der «Badischen Zeitung» war der Mann mit dem Armee-Sturmgewehr über die Grenze gefahren. Er sei an dem Tag aus dem Dienst entlassen worden und habe das Gewehr im Auto vergessen, sagte der Mann. Die Tasche mit der Uniform und dem Waffenverschluss habe er zu Hause aus dem Auto genommen - nicht aber das Gewehr hinter dem Fahrersitz. Danach sei er nach Bad Säckingen gefahren, um einzukaufen. Das Gewehr wurde eingezogen. Will der Mann seine Waffe wiederhaben, muss er sich an das Ministerium für Technologie in Bonn wenden. (TA)

Bahn Neuer SBB-Hauptsitz in Bern offiziell eröffnet

Die SBB haben beim Bahnhof Bern-Wankdorf ihren neuen Hauptsitz eröffnet. 1800 SBB-Angestellte haben dort ihren Arbeitsplatz. Der Neubau kostete 190 Millionen Franken. (SDA)

Die hässliche Fratze des Antisemitismus

Der Antisemitismus ist in Europa auf dem Vormarsch. Auch Schweizer Juden erhalten deutlich mehr Hassbriefe und werden in sozialen Medien angefeindet.

Felix Schindler

Französische Juden wandern zu Tausenden nach Israel aus, weil sie die offenen Anfeindungen nicht mehr ertragen (TA von gestern). Im Mai sind mit Jobbik (Ungarn) und Goldene Morgenröte (Griechenland) zwei Parteien ins Europaparlament eingezogen, die ihren Judenhass kaum kaschieren.

Auch in der Schweiz wird offen gegen Juden gehetzt. Die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) führt seit 22 Jahren eine Chronologie über rassistische und antisemitische Vorfälle. Seit Jahresbeginn hat sie 44 Ereignisse dokumentiert. Neun Anzeigen reichte die GRA in den letzten Monaten ein, unter anderem wegen antisemitischer Äusserungen auf Facebook im Vorfeld einer Pro-Palästina-Kundgebung in Zürich. Der jüngste Eintrag datiert vom 11. August. In Davos wurde ein jüdisch-ortho-

doxer Jude von einem Mann angegriffen und verletzt. Ob es sich tatsächlich um einen Angriff mit antisemitischem Hintergrund handelt, ist allerdings nicht abschliessend geklärt.

Zwar liegt die Zahl der registrierten Vorfälle bei der GRA nicht über denjenigen der Vorjahre. Trotzdem habe auch hierzulande der unverhohlene Hass gegen Juden eine neue Dimension angenommen, sagt Leila Feit, Geschäftsführerin der GRA. «Seit dem Ausbruch des Nahostkonflikts haben wir eine bedeutende Zunahme antisemitischer Vorfälle registriert. Dies konnten wir schon in der Vergangenheit feststellen. Nun zeigt sich die hässliche Fratze des Antisemitismus aber in einer noch nicht gesehenen Form.»

Anonyme Post

Patrick Studer vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) sagt, in der Schweiz stelle man keine verstärkte Auswanderungsbewegung von Juden nach Israel fest. Die Situation in Frankreich sei viel gravierender. Doch Studer beobachtet eine andere, besorgniserregende Tendenz. Der SIG betreibt eine Meldestelle für antisemitische Vorfälle. In den letzten Jahren wurden pro Jahr jeweils rund 25 Vorfälle

registriert, seit Juli bereits über 60. Nicht gezählt werden Äusserungen in sozialen Medien.

Laut Studer lasse sich daraus nicht unbedingt eine generelle Zunahme antisemitischer Einstellungen ablesen. Allerdings hätten sich diese in «diesen Tagen besonders deutlich gezeigt». Verändert habe sich insbesondere die Aggressivität der Äusserungen. Während man früher eher pauschale Urteile über alle Juden geäussert habe, so lese man in den letzten Wochen in Zuschriften: «Juden muss man vergessen.» Auf die Frage nach einem konkreten Beispiel zückt Studer einen Brief, den der SIG kürzlich erhalten hat. Darin ist zu lesen: «Die Juden waren und sind Zerstörer, Betrüger, Mörder. Sieid gewarnt, ihr Judenbengel, eines Tages verreckt ihr euch in Höhlen.» Der Absender: anonym.

Jede Menge anonym Post hat auch eine Nicht-Jüdin erhalten, die vor zwei Wochen an einer Pro-Israel-Kundgebung auftrat. Die Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala kritisierte in ihrer Rede den «besorgniserregenden, öffentlich zur Schau gestellten Antisemitismus». Auf Anfrage erklärte sie, im Anschluss Briefe, Postkarten und E-Mails mit wüsten Beschimpfungen erhalten zu haben. Doch Fiala will die Zuschriften nicht

überwerten. Sie habe deutlich mehr respektvolle Zuschriften erhalten.

Aufrufe zu Gewalt

Besorgt sind Feit und Studer auch über die Entwicklung in den sozialen Medien. Laut Studer ging es auf Facebook «am heftigsten zu und her». Und Feit sagt: «Ein krass antisemitischer Aufruf hat unzählige Likes erhalten. Aufrufe zu Gewalt an Juden wurden durch weitere Posts verstärkt. Ich frage mich, was in diesen Leuten vorgeht.»

Bei der GRA stellt man eine generelle Verschärfung im Ton gegen Minderheiten fest und eine Abnahme der Toleranz. «Über Fahrende werden Pauschalurteile gefällt und Muslime in Zürich für Taten von Islamisten im Ausland verantwortlich gemacht», sagt Feit. Antisemitismus unterscheidet sich allerdings dadurch, dass uralte Vorurteile ans Licht kämen, die mit politischer Kritik nichts mehr zu tun hätten.

Feit ruft die Politik dazu auf, sich klar von Antisemitismus abzugrenzen und für den Erhalt der Antirassismustrafnormen einzusetzen. Diese liefere eine wichtige Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. «Wir brauchen den Artikel 261bis. Er zeigt, welche rote Linie niemand überschreiten darf.»

